

Aus Bund und Ländern

## Rentenreform: Versorgungswerke sind tabu!

BONN. Die berufsständischen Altersversorgungseinrichtungen der Freien Berufe sehen keinen akuten und aktuellen „Handlungsbedarf“ für den Bonner Gesetzgeber, die autonomen und eigenfinanzierten Versorgungswerke der Freien Berufe im Zuge der geplanten Strukturreform der Rentenversicherung mit einzubeziehen. „Harmonisierungsbestrebungen“ hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV), der Nürnberger Internist Dr. Klaus Dehler, vor der Presse in Bonn entschieden zurückgewiesen. Ein Eingriff in die Werke verbiete sich schon aus ordnungspolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen, weil die Rücklagen der Versorgungseinrichtungen von den Mitgliedern meist aus bereits voll versteuertem Einkommen und ohne jeden Staatszuschuß finanziert worden seien.

Dehler verwies zugleich auf die von der Regierung eingesetzte Sachverständigen-Kommission „Altersversicherungssysteme“, die ebenfalls keinen Harmonisierungsbedarf erkannt hatte. Diese habe bestätigt, daß die Freiberufler-Versorgungswerke gleichberechtigter Bestandteil des gegliederten Systems der Alterssicherung sind.

Die 44 in der ABV (Sitz: Köln-Marienburg) zusammengeschlossenen Versorgungswerke betreuen zur Zeit rund 249 550 aktive Mitglieder und 57 677 Versorgungsempfänger. Sie nehmen jährlich 2,6 Milliarden DM Beiträge ein und geben 1,9 Milliarden DM für Versorgungsleistungen aus. Die Versorgungsrücklagen der Versorgungswerke betragen gegenwärtig 22,3 Milliarden DM. EB



Das Foto zeigt den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Chinesisch-Deutschen Gesellschaft, Prof. Qiu Fazu (zweiter von links) und Prof. Wu Zhongbi (zweiter von rechts), links der Präsident der deutschen Gesellschaft, Prof. Paul Gerhardt, München, in der Mitte der Präsident der Bundesärztekammer Dr. Wilmar, der auch Schatzmeister der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft ist, rechts der Präsident der Bayerischen Ärztekammer und Gastgeber der Münchener Tagung, Prof. Hans J. Sewering Foto: Fraß

## Verbindung mit China

KÖLN. Lebertumoren, Verbrennungen, Gynäkologie und Geburtshilfe, Nierentransplantationen, Ösophagustumoren, Lungentumoren, Phytotherapie – das waren die Themenkreise der zweiten chinesisch-deutschen Ärztetagung, veranstaltet von der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft für Medizin in München vom 18. bis 20. September.

Die Gesellschaft und ihr Pendant in der Volksrepublik China können an eine lange Tradition der medizinischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China anknüpfen. Im vorigen Jahr trafen sich deutsche und chinesische Wissenschaftler in Wuhan; die dortige medizinische Universität setzt die Tradition der Tongji-Universität in Shanghai fort. So wie damals sprechen auch in Wuhan viele der Universitätslehrer und der Studenten deutsch. Der nächste chinesisch-deutsche Kongreß soll 1988 in Shanghai stattfinden.

Die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für Medizin wurde auf Initiative der Hans-Neuffer-Stiftung – die mit der Bundesärztekammer verbunden ist – 1984 in Köln gegründet. 15 chinesische Vertreter der Gesellschaft besuchten

im Vorfeld des Münchener Kongresses Gründungsort und Bundesärztekammer (Bild oben). Die chinesischen Gäste versicherten, die Öffnung der Volksrepublik China und die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Westen würden von Dauer sein. NJ

## Förderung der Epidemiologie

TÜBINGEN. Die Epidemiologie in der Bundesrepublik hat nach Auffassung der Deutschen Gesellschaft für medizinische Dokumentation, Informatik und Statistik gegenüber den englischsprachigen Ländern noch einiges aufzuholen. Von der Gesellschaft sind Modelle für die Ausbreitung von AIDS, Vorteile und Probleme von Krebsregistern, die Verwendbarkeit der Todesursachenstatistik, die Erfassung unerwünschter Arzneimittelwirkung und andere Informationsstatistiken für den Arzt als Thema der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für medizinische Dokumentation, Informatik und Statistik vom 5. bis 7. Oktober in Tübingen gewählt worden (Auskunft: Institut für Medizinische Informationsverarbeitung, Westbahnhofstr. 55, 7400 Tübingen 1). sk

## Kunst als Therapie

HEIDELBERG. Die Erfolge darstellender Kunst, Musik und Tanz in der Therapie werden auf der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Kunst, Gestaltung und Therapie in Heidelberg (30. Oktober bis 1. November 1987) vorgestellt. Neben Vorträgen und Podiumsdiskussionen über Kunst als Therapie werden Ausstellungen behinderter Künstler und Tanzvorstellungen gezeigt. Auskunft: Institut für Sozial- und Arbeitsmedizin, Im Neuenheimer Feld 368, 6900 Heidelberg 1. sk

## „Koalitionszwang aufheben . . .“

BONN. Im Zuge der Strukturreform im Gesundheitswesen sollten der Koalitionszwang und die Mitgliedschaft in den Kassenärztlichen/Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (als Körperschaften des öffentlichen Rechts) abgeschafft und ein liberales Vertragssystem eingeführt werden. Dies regte der Trierer Gesundheitsökonom Prof. Dr. Eckhard Knappe vor einem Expertenforum der Medizinischen Pharmazeutischen Studiengesellschaft (MPS), Sitz: Mainz, an. Eine Reform „aus einem Guß“, die die konstituierenden Elemente des Sicherungssystems und die Steuerungsinstrumente zu einem sinnvoll strukturierten ordnungspolitischen Ganzen abstimmt, sollte – so meinte Prof. Knappe – alle Gruppen (Versicherten, Krankenkassen und Leistungsträger) gleichgewichtigen Vertragsbedingungen unterwerfen. Dies bedeute: Wegfall des Kontrahierungszwanges der Krankenkassen mit bestimmten Krankenhasträgern und Koalitionsfreiheit auch für Kassenärzte und Kassenzahnärzte bei freier Wahl desjenigen Ärztesverbandes, der die Vertragskonditionen und Honorarverträge mit den Krankenkassen aushandelt. HC